

## Referenten



**Dr. Werner Neumann**  
BUND e.V. Arbeitskreis Energie

**Thema:**  
Dezentrale Energiekonzepte für  
Netzbau mit weniger Leitungen



**Alexander von Jagwitz**  
B.A.U.M. Consult GmbH

**Thema:**  
Ein regionales Energiesystem basierend  
auf 100% Erneuerbaren Energien – Ein  
Projekt der Stadtwerke Wunsiedel



**Tobias Jaletzky**  
EUROSOLAR e.V.

**Thema:**  
Eine „NEUE ENERGIEMARKTORDNUNG“  
für eine dezentrale Energiewende statt  
HGÜ-Netze



**Ralph Lenkert**  
Mitglied im deutschen Bundestag

**Thema:**  
Achtung Blackout – Warum zentrale  
Stromnetze nicht die Versorgungssicher-  
heit garantieren



**Arne Gericke**  
Europaabgeordneter

**Thema:**  
Volle Kraft für die Bürgerenergie – die  
europäische Energiewende gestalten

## Bundesverband der Bürger- initiativen gegen SuedLink

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink bündelt die Interessen von über 60 Initiativen entlang der geplanten SuedLink-Trasse und lehnt den geplanten überdimensionierten Netzausbau ab.

Gemeinsam mit den Aktionsbündnissen von SuedOstLink und Ultranet und dem BUND e.V. fordern wir die verstärkte Berücksichtigung dezentraler Erzeugungs- und Verbrauchsstrukturen und die schnelle Integration der inzwischen marktreifen Speichertechnologien.

Wir hinterfragen den geplanten Ausbau der Übertragungsnetze für die Energiewende, da Strom aus Erneuerbaren Energien zu über 90% in die Verteilnetze eingespeist wird. Ebenso ist die Verknüpfung der Sektoren Strom, Gas, Wärme und Verkehr die Grundvoraussetzung für ein zukunftsfähiges und sicheres Energieversorgungssystem in Deutschland und in Europa.

Politische Entscheidungen müssen sich an einem klar definierten Zielsystem der Energiewende orientieren, wobei Umwelt- und Klimaschutz vor den eigennützligen wirtschaftlichen Interessen von Übertragungsnetzbetreibern und Großindustrie stehen müssen. Eine Punkt-zu-Punkt-Verbindung wie SuedLink dient vorrangig dem Stromhandel und nicht der Versorgungssicherheit.

Betroffene Bürger und Bürgerinnen fordern zu Recht ein Mitspracherecht beim Stromnetzausbau. Politik muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen und dies in ihren Handlungsweisen erkennbar zum Ausdruck bringen, denn jede neue Stromleitung hat erhebliche Auswirkungen auf das Wohnumfeld und kann die Gesundheit gefährden.

### JA zur Energiewende – NEIN zu SuedLink

Herausgeber und Kontakt:

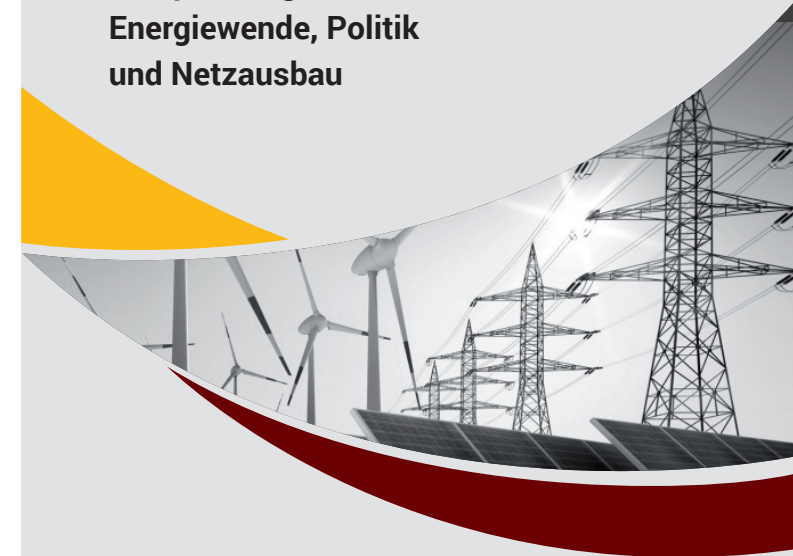
**Bundesverband der BI gegen SuedLink (BBgS)**  
Nelkenstraße 7 | 36041 Fulda | 0661 2927682  
kontakt@bundesverband-gegen-suedlink.de  
www.bundesverband-gegen-suedlink.de

**Bürgerinitiative Fuldata e.V.**  
info@bifuldata.de

**Bürgerinitiative Kiebitzgrund aktiv**  
kiebitzgrund@gmail.com

## SuedLink SuedOstLink Ultranet

im Spannungsfeld von  
Energiewende, Politik  
und Netzausbau



**BUNDESVERBAND  
BÜRGERINITIATIVEN  
GEGEN SUEDLINK**

## BÜRGERINITIATIVEN KONVENT

**24. März 2018, 10:00 Uhr**  
Hotel Maritim – Orangerie  
Paulustor 4, 36037 Fulda

**Eintritt frei**

Organisation BBgS mit freundlicher Unterstützung der Stadt Fulda und der regionalen Initiativen Fuldata e.V. und Kiebitzgrund aktiv  
Catering Fritz Wiegand, Kämmerzell

# Programm

Samstag, 24. März 2018

10:00 Uhr	Einlass und Anmeldung
10:30 Uhr	<b>Begrüßung</b> · Stadt Fulda · SuedOstLink / Ultranet · BBgS Dipl.Ing. Guntram Ziepel · Einführungsvortrag zum Thema
11.00 Uhr	<b>Energiewende dezentral und bürgernah</b> · BUND e.V. - Dr. Werner Neumann · B.A.U.M. Consult - Alexander von Jagwitz · EUROSOLAR e.V. - Tobias Jaletzky
12.00 Uhr	<b>Fragerunde</b>
12.15 Uhr	<b>Sachstand Netzausbau</b> · BNetzA · ÜNB · Verteilnetzbetreiber
13.00 Uhr	<b>Fragerunde</b>
13.15 Uhr	<b>Pause</b>
14.00 Uhr	<b>Klimaschutz und Energiewende in der politischen Verantwortung</b> · CDU - angefragt · SPD - Timon Gremmels, MdB · Die LINKE - Ralph Lenkert, MdB · Freie Wähler - Arne Gericke, MdEP
14.45 Uhr	<b>Fragerunde</b>
15.00 Uhr	<b>Diskussion und strategische Ausrichtung</b> des gemeinsamen Bürgerprotestes gegen einen überdimensionierten Netzausbau
16.00 Uhr	<b>Fazit</b>
16:30 Uhr	<b>Ende der Veranstaltung</b>

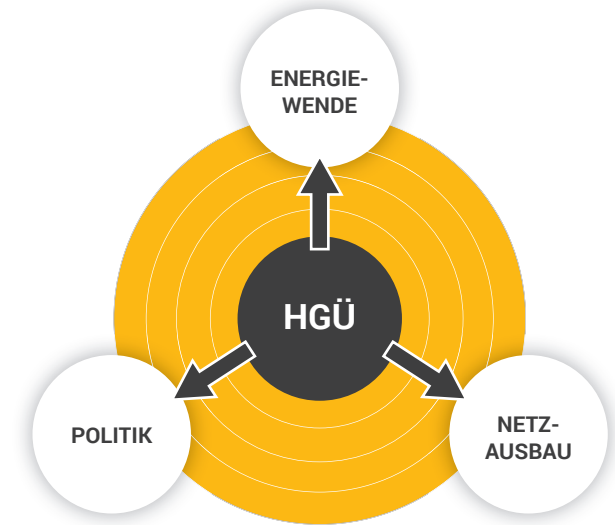
## Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse

Der Ausbau eines überdimensionierten Übertragungsnetzes ist unwirtschaftlich, umweltzerstörend und für die Energiewende kontraproduktiv. Die hohen Kosten erdverbalteter Megatrassen wie dem SuedOstLink führen zu wachsenden gesellschaftlichen Problemen: Ohne eine regionale Wertschöpfung bei der Energieerzeugung wird Strom immer mehr zu einem Luxusgut, wie die massiven Preiserhöhungen der Netzentgelte durch Übertragungsnetzbetreiber Tennet jetzt schon zeigen. Die Energiewende muss deshalb dezentral erfolgen. Das Aktionsbündnis lehnt die Gleichstromleitungen und den massiven Ausbau von Wechselstromleitungen durch Bayern ab und ist überzeugt, dass diese nur dem Profit der Konzerne dienen. Die europäischen Megatrassen sind geplant, um Atom- und Kohlestrom noch über Jahrzehnte auch den deutschen Stromkunden unterzubehalten, die Energiewende wird damit konterkariert. Dafür dürfen bis zu 50 Meter breite Schneisen unsere Landschaft und Heimat nicht zerstören und unsere Gesundheit gefährden. Deshalb ist unser Aktionskonsens: Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

## Aktionsbündnis gegen Ultranet

Weltweit erstmalig soll im Projekt ULTRANET die Übertragung von Gleich- und Wechselstrom im Höchstspannungsbereich auf denselben Strommasten erfolgen, die nur wenige Meter an der Wohnbebauung vorbeiführen. Es handelt sich hier um ein Pilotprojekt / einen Feldversuch - das Experiment am Menschen. Einzig für das Projekt ULTRANET findet das Bundesbedarfsplangesetz keine Anwendung. Der für den Neubau von Gleichstromtrassen gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand zur Wohnbebauung und der Erdkabelvorrang gelten hier nicht. Die gesundheitlichen Risiken sind unklar und würden sich erst nach Jahrzehnten zeigen. Studien oder Beweise für die Ungefährlichkeit dieser beiden Übertragungstechniken auf einem Mast gibt es nicht. Die Strahlenschutzkommission empfiehlt die Beauftragung von Forschungsprojekten in Form von Humanstudien und das Bundesamt für Strahlenschutz aufgrund der nicht abschätzbaren Ausweitung der Immissionen einen 400-Meter-Abstand zur Wohnbebauung. Das Grundgesetz, welches u.a. den Gleichheitsgrundsatz und das Vorsorgeprinzip regelt, wird seitens der Politik als verlängerter Arm der Kohlelobby missachtet. Zudem bedarf es einer unabhängigen Wirtschaftlichkeitsprüfung welche die Notwendigkeit des Projektes nachweisen muss.

## HGÜ im Spannungsfeld von Energiewende, Politik und Netzausbau



## Das Zielsystem der Energiewende

